

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Verantwortlicher: Amt Marktplan 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Die Lebensmittelverteuerer an der Arbeit.

Während die deutsche Arbeiterschaft im Kampf um den Achtstundentag zwar noch nicht besiegt, aber doch stark zurückgeworfen ist, bereiten sich neue unheilvolle Vorgänge vor. Die Landwirtschaft ist nunmehr gleichfalls von einer Krise erfaßt, die sich daraus erklärt, daß das Bauerntum Deutschlands ebensowenig an die Wirtschaftlichkeit der Betriebe rechtzeitig gedacht hat wie die deutschen Industriegewaltigen. Man ist in der Zeit der fetten Jahre, da die Landwirtschaft dauernd und mit Leichtigkeit Industriewaren hamstern konnte, nicht daran gegangen, sich mit den notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen auszurüsten, die Gebäude entsprechend zu ergänzen und zu reparieren und auf diese Weise eine gesteigerte Leistungsfähigkeit und damit Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Landwirtschaftsprodukten des Auslandes vorzubereiten. Das Agrarierturn war die lauteste Schreier für den „freien Wirtschaftsmarkt“ und die sogenannte freie Wirtschaft. Nun aber, da es sich eingebildet hat mit viel überflüssigen Dingen, wie Klavieren und dergleichen mehr, wird es auf die Dauer nicht in der Lage sein, mit den Weltpreisen für Agrarprodukte zu konkurrieren; trotzdem keine Hypotheken mehr zu verzinsen sind.

Der Landbund hat in der landwirtschaftlichen Woche in Berlin nach dem allbekannten Rezept der Agrarier wieder die Stimme erhoben und viel Geschrei gemacht, um Schutzzölle und Einfuhrverbote zu erreichen. Jetzt auf einmal verzichtet man also auf die „freie Wirtschaft“ und möchte mit den neuen protektionistischen Maßnahmen erreichen, daß die Agrarprodukte wieder etwa das Preisverhältnis gewinnen, wie in den letzten Kriegsjahren, so daß die Bauern wirtschaftlich Herr des Landes, insbesondere der städtischen Konsumenten, würden. Dagegen muß sich die Arbeiterschaft mit aller Energie wenden.

Soweit unter den heutigen Verhältnissen überhaupt für die Arbeiterklasse von erträglichen Zuständen die Rede sein kann, werden sie nur dadurch möglich, daß die Preise weiter sinken und dadurch die Konsumkraft der Massen gehoben wird. Mittels dieser Hebung der Konsumkraft kann dann die Wirtschaftskrise überwunden werden und der Arbeitsmarkt wird entlastet. Dieser Prozeß ist gegenwärtig im Gange und er wird nach menschlicher Voraussicht in den Frühjahrsmonaten, sobald der rauhe Winter einmal vorüber ist, sich noch stärker zum Ausdruck bringen, weil dann doch einige Bautätigkeit beginnen dürfte. Dieser ganze Entwicklungsprozeß zur Gesundung der deutschen Wirtschaft würde aber jäh unterbrochen werden, wenn eine erneute Steigerung der Lebensmittelpreise vor sich gehen würde. Und wiederum würden die arbeitenden Massen die Leidtragenden sein. Es ist festzustellen, daß heute noch eine Anzahl Agrarprodukte, wie Milch, Eier, Butter, um vieles teurer sind als vor dem Kriege, und dabei haben wir bereits eine ziemlich große Einfuhr. Gegenwärtig steht die Rentenmark den ausländischen Devisen gegenüber so günstig, daß wir große Einkäufe machen können, und wenn man in den Straßen der Großstädte die ungeheuren Mengen von Apfelsinen sieht, die jetzt zum Absatz kommen, so beweist dies, daß der Innenkonsum gegenwärtig wieder mehr aufnahmefähig geworden ist. Bei alledem verdient heute der Großhandel und Zwischenhandel noch viel zu viel, gemessen an der Vorkriegszeit, und es ist selbstverständlich, daß diese Profitrate sich weiter steigern würde, wenn nicht das übergroße Angebot von Lebensmitteln aus dem Auslande vorhanden wäre. Es gilt also, wachsam zu sein und dem Angriff des Agrarierturns, der offenkundig, nach den Aussprüchen verschiedener Minister, von der jetzigen Regierung unterstützt wird, zu begegnen.

Es gäbe einen sehr einfachen Weg, um aus den Schwierigkeiten für die deutsche Landwirtschaft herauszukommen, nämlich, wenn alle Macht, auch des Landbundes, also der organisierten Bauernschaft, sich konzentrieren würde mit denen der großstädtischen Konsumenten gegen die Industriegruppen und darauf dringen würde, daß endlich eine Senkung der Preise für Rohstoffe in der Industrie sowie für die Fertigwaren, Maschinen usw. vor sich ginge.

Kohlen und Kalk haben zurzeit noch Preise, der es schwer ermöglichen, die Landwirtschaft rationell zu gestalten und die Maschinenfabriken halten harinädig an ihren Kriegsgewinnermethoden fest, so daß die Ausgabe für landwirtschaftliche Maschinen allerdings für die Bauern stark zu Buche schlägt. Hingru kommt, daß gegenwärtig ein förmlicher Kredit hunger in der deutschen Wirtschaft besteht und daß die Beschaffung von größeren Krediten — soll nicht die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschworen werden — nur durch größere Auslandsanleihen möglich ist.

Diese Auslandsanleihen wären aber längst abgeschlossen, wenn nicht das deutsche Bauernturn gleichzeitig ein Hort der reaktionären Orgelehanden geblieben wäre. Es ist bekannt, daß nicht nur in Bayern die Bauernsöhne zu der „Schwarzen Reichswehr“ die weitaus größte Teilnehmerzahl stellen und daß mit einem wahren Fanatismus von dieser Seite der „internationale Marxismus“ gestiftet wird. Das ist auch aus dem Bauernauspruch, worauf das Spottgedicht basiert, das wir an anderer Stelle dieser Nummer bringen, klar ersichtlich.

Anstatt für Deutschland eine stets demokratische Politik anzustreben und damit ruhige Verhältnisse im Innern zu gewinnen, darauf sehend, wiederum Auslandsstrebte zu erreichen, ist die Reaktion auf der ganzen Linie umgekehrt eingestellt. Landwirtschaft und Großindustrie, aber auch weite Kreise des Kleinbürgertums und der Beamtenschaft haben noch immer Scheuklappen vor den Augen und übersehen nicht die Tragweite ihrer politisch-reaktionären Bestrebungen. In dem Maße, wie in Deutschland die Reaktion sich durchsetzt, wird auch die Wirtschaft vor erneuten Schwierigkeiten stehen.

Darum ist die Arbeiterschaft nicht nur der Träger der ferneren Zukunftsentwicklung, sondern auch für die augenblicklich schwierige Situation der nächsten Jahre wird man wohl oder übel dem Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie nachkommen müssen, soll nicht ein neues wirtschaftliches Chaos entstehen.

In wenigen Wochen werden Reichstagswahlen sein. Man weiß nicht, ob durch Auflösung oder den natürlichen Tod dieses Parlaments, das ohnehin schon im Sterben begriffen ist. So sehr wir aber von der Unzulänglichkeit des jetzigen Reichstages überzeugt sein mögen, steht doch das eine fest, wenn die Arbeiterschaft nicht alle Kräfte zusammennimmt, wird sie eine noch stärkere Schlappe erhalten. Und in dem Maße, wie die bürgerlichen Parteien anwachsen, wird auch die reaktionäre Politik sich noch stärker bemerkbar machen, wir haben dann ganz bestimmt mit Schutzzoll und erneuter Teuerung der Lebensverhältnisse zu rechnen.

Es ist darum Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft, insbesondere auch der Gemeinde- und Staatsarbeiter, jetzt planmäßig einzusetzen mit der Stärkung unserer Gewerkschaftsorganisationen und mit einem Aufklärungsfeldzug für die kommenden Reichstagswahlen.

Es steht sehr viel auf dem Spiel, wir brauchen alle Kräfte!

Ein Beitrag zum Kapitel Grenzstreit.

Professor Hellpach, einer der bedeutendsten Männer auf dem Gebiete der Arbeitswissenschaft, teilt die geschichtliche Entwicklung der Arbeit und deren Betrachtung in drei Epochen ein. Die erste Epoche, die emotionale (die triebhafte), die zweite die traditionale (die Entstehung der Zünfte — Berufsbildung), die dritte, und zwar diejenige, in der wir uns heute befinden, die rationale. In die zweite Epoche fällt die Geburtsstunde der Gewerkschaften, und es darf wohl ohne Übertreibung als feststehend angesehen werden, daß die freien Gewerkschaften in ihrem organisatorischen Aufbau vorbildlich für die Gesamtwirtschaft wirkten. Nicht aber kann dieses heute noch gesagt werden, vielmehr haben die Gewerkschaften in ihrem organischen Aufbau es nicht verstanden, in die oben erwähnte dritte Epoche hineinzumachen, sondern sind in der zweiten stecken geblieben. Der letzte Gewerkschaftskongreß hat den Versuch unternommen, den Erfordernissen der Zeitentwicklung Rechnung zu tragen. Leider ist noch nicht zu ersehen, wie weit diese Angelegenheit in der dazu bestimmten Kommission gediehen ist. Dieses Festhalten und Nichtherauskönnen oder auch Nichtherauswollen aus der Tradition, muß ganz naturgemäß in einer, dieser Entwicklungsstufe vorausgeeilten Wirtschaft hemmend wirken. Wir wollen absolut nicht verkennen, daß die Frage der Umstellung der Gewerkschaften nicht so einfach zu beantworten ist, wie es viele und besonders unsere Freunde von links tun. Mit dem Wort „Industrieorganisation“ allein ist es nicht getan. Die Organisationsform ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, deren Beantwortung durch die Entwicklungsstufe der kapitalistischen Wirtschaft gegeben ist. Leider wird jedoch die Frage der Organisationsform von einer ganzen Reihe von Organisationen nicht von dem soeben erwähnten Gesichtspunkt, sondern als Selbstzweck betrachtet. Diese Einstellung führt sogar so weit, daß man sich zur Erreichung dieses Zieles Mittel bedient, die wir bisher nur bei unseren gegenrätigen Organisationen kennengelernt haben. Folgende zwei Beispiele mögen das oben Gesagte beleuchten: Die in einem Lohnkartell zusammengeschlossenen freien Organisationen: Gemeindearbeiterverband, Metallarbeiterverband, Transportarbeiterverband, Maschinisten und Heizer und Gärtnerverband schließen mit der Stadt Berlin einen Tarifvertrag. Während die oben genannten Organisationen über einen neuen Lohnkartell verhandeln, wird von dem Hauptvorstand des Verbandes der Maschinisten und Heizer ein Sonderantrag für die Elektrizitätsarbeiter eingereicht, dessen Gehälter niedriger sind als die von dem Lohnkartell, in dem die Ortsverwaltung des Maschinisten- und Heizerverbandes mitwirkt. Dieser Tatsache war bereits ein Schreiben des Hauptvorstandes vom Maschinisten- und Heizerverband an den Magistrat vorausgegangen, welches Bezug nahm auf den verflochtenen Streit der Gemeindearbeiter (1922) und darauf hinwies, daß bei einem Sonderabschluß derartige nicht mehr vorkommen wird! Die Folge dieser Vorgänge war Auseinanderlegung im Lohnkartell, Austritt des Maschinisten- und Heizerverbandes aus dem. Der Maschinisten- und Heizerverband schließt nunmehr mit dem Magistrat einen Sondervertrag für die städtischen Elektrizitätswerke ab, dessen Inhalt derselbe wie der in dem mit dem Lohnkartell ist. Dieser Vertrag läuft aber nur bis 31. Dezember 1923, während der erstere bis zum 31. März 1924 geht. Im Dezember 1923 beschließt die Stabskonferenzversammlung Berlins, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln. Der Verband der Maschinisten und Heizer schließt mit der Direktion der Elektrizitätswerke, nunmehr Aktiengesellschaft, den Tarif der Privatindustrie ab. Das Ziel der Gewerkschaften, die städtischen Arbeiter zu zerschlagen, um ihre sozialen Arbeitsverträge abzubauen, war erreicht. Mit wessen Hilfe? — Das zweite Beispiel: Die Berliner Straßenbahn wird stillgelegt (b.: Vorgänge sind den Kollegen durch die „Gewerkschaft“ bekannt). Die Direktion lehnt den Abschluß eines neuen Tarifvertrages ab, weil eine Sanierung der neuen Straßenbahn G. m. b. H. mit der Beibehaltung eines Tarifvertrages nicht möglich sein soll. Die beteiligten Organisationen: Gemeindearbeiterverband, Metallarbeiterverband, Transportarbeiterverband entschließen sich, nach erfolgloser Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin den Schlichter für Groß-Berlin anzurufen. Es gelingt diesem unter großen Anstrengungen einen einflussreichen Spruch zu erzielen. Der Spruch wird von der Mitgliedschaft angenommen, die Direktion lehnt ab. Die Organisationen beantragen beim Reichsarbeitsministerium Verbindlichkeitsklärung. Mithin erhalten wir ein Schreiben vom Verkehrsband, in dem was mitgeteilt wird, daß der Verkehrsband sich bei der Direktion der Straßenbahn nach den Gründen der Ablehnung erkundigt habe und (nun folgt das Kuriose) dort zu einem Vertragsabschluß gekommen sei, dessen Grundlage der Schlichterspruch neben einigen Verschlechterungen bliebe. Auch hier ist die Zerschlagung der Arbeiterkraft erreicht. Es ist schlimm, solchen Erörterungen im Zeitalter der höchsten kapitalistischen Konzentration in der deutschen Arbeiterpresse Raum geben zu müssen. — Wie jämmerlich ist doch diese Art der Kampfesführung gegenüber der des Revolutions. Wir sehen also hier, wie richtig das zu Anfangs Ausgesprochene ist: man steht noch bis über die Ohren in einer bereits geschichtlich überholten Entwicklung. Man will oder kann sich nicht von der Tradition lösen, obwohl die Zweckmäßigkeit und die historische Notwendigkeit der Gewerkschaften dies so dringend erfordern. Aus Organisationsdogmatismus werden die Interessen der Arbeiter mit

Süßen getreten. Unser Verband hat zu gesunde, und was die Hauptbedingung ist, zu natürlische Grundlagen, um durch eine beratige Gewerkschaftsstrategie irgendwie geschädigt zu werden. Eine der besten dieser natürlischen Grundlagen ist der gesunde Sinn der Arbeiter selbst. Anderen Bruderarrangierungen möge jedoch das oben gesagte Veranlassung zu einigem Nachdenken geben. Esh.

Aus Anfragen, die unser Verbandsvorstand aus verschiedenen Stellen erhielt, geht hervor, daß der Verband der Maschinisten und Heizer die Mär verbreitet, in den Berliner Elektrizitätswerken seien etwa 1000 unserer Mitglieder zum Maschinisten- und Heizerverband übergetreten. Wir stellen hiermit fest, daß das nicht zutrifft. Wie unsere Ortsverwaltung mitteilt, dürfte unser Verlust an den Maschinisten- und Heizerverband kaum ein Duzend Mitglieder betragen. Das ist eine geringe Zahl, die immer wieder eintritt in Anbetracht der Tatsache, daß es stets Arbeiter gegeben hat, die fern von einem Verband in den anderen hinüber- und bei nächster Gelegenheit wieder zum ersten herüberwechseln.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Bewilligung von Heilversahren Seit Inkrafttreten des Abänderungsgesetzes zur Reichsversicherung für Angestellte (1. Januar 1923) ist es wiederholt vorgekommen, daß eingereichte Anträge auf Gewährung eines Heilversahrens von der Anstelltenversicherung abgelehnt wurden, weil von den Anstellten die requisite Karenzzeit von 12 Monatsmonaten nicht erfüllt war. Es handelte sich um Personen, die im Verlauf des Jahres 1923 aus Grund des oben erwähnten Gesetzes angestelltenversicherungspflichtig wurden. Bis dahin waren sie in der Invalidenversicherung versichert. Von dieser wurden Anträge, die von den abköhigig Beschädigten ihr nachträglich unterbreitet worden sind, gleichfalls abgelehnt, weil die Versicherungspflicht nicht mehr bestand. Unsere Berliner Ortsverwaltung hat sich daher an die Beschwerdeinstanzen zwecks Regelung der Angelegenheit gewandt. Das Reichsversicherungsamt antwortete daraufhin:

„Die vorliegende Eingabe ist der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zur Stellungnahme überhandt worden, die hierauf folgendes mitgeteilt hat: ... Wir machen die Bewilligung eines Heilversahrens neuerdings zwar von der Erfüllung einer Wartezeit von 12 Monatsmonaten abhängig, rechnen jedoch hierauf eine Beitragszeit die vor dem Eintritt in die Angestelltenversicherung bei der Invalidenversicherung oder bei einem Erlasse der Invalidenversicherung zurückgelegt ist.“

Wir empfehlen nunmehr den Kollegen, die im Verlauf des vorigen Jahres die Versicherungspflicht zur Angestelltenversicherung eingegangen sind und die vorgelegene Beitragspflicht noch nicht erfüllt haben, bei etwaigen Anträgen auf Heilversahren durch die Anstelltenversicherung dieser zugleich die polizeilichen Bescheinigungen über gekiffene Beiträge in der Invalidenversicherung vorzulegen. Aus obiger Mitteilung geht erneut hervor, daß die vielfach vertretene Auffassung, die doppelte Versicherung sei zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig, durchaus irrig ist.

Betriebsräte

Der Entlassungsschutz aus § 95 BRG. gilt auch für Angestelltenvertreter im Betriebsrat, wenn deren Kündigung auf Grund der Personalabbauverordnung erfolgt. Im Hinblick auf unsere Kritik der „Gewerkschaft“ Nr. 6 über den Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern sind wir in der Lage, nachstehend ein Urteil des Gewerbegerichts Erfurt vom 21. Januar 1924 zu veröffentlichen, welches einen Ranglisten beim Reichenscheidungsamt für Kriegsschäden betrifft:

„Der Art. 16 der VAB. steht vor, daß die Vorschrift des § 84 Abs. 4 BRG. keine Anwendung findet, wenn Arbeiter und Angestellte entlassen werden, die Dienstbezüge aus öffentlichen Mitteln erhalten. Diese Bestimmungen wären überflüssig, wenn der § 85 BRG. durchgreifen würde, der einen Einspruch bei Entlassungen, die auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruhen, verlangt. Wenn also in den obigen Fällen des § 84 des BRG. ein Einspruch zugelassen wird, so muß auch das Verbot nach § 95 BRG. Platzgreifen, da der § 96 Abs. 2 Ziffer 1 die gleichen Bestimmungen enthält, wie der § 85 Abs. 2 Ziffer 1 BRG. Hiernach war zur Kündigung des Antragstellers, der Betriebsratmann war, die Zustimmung der Angestellten erforderlich. Da diese nicht eingeholt worden ist, muß die Kündigung als ungültig bezeichnet werden.“

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Zwischen der Ortsverwaltung Hamburg des Zentralverbandes der Angestellten einerseits und der Ortsverwaltung Hamburg des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter andererseits wird folgendes vereinbart: „Von den im Anstelltenverhältnis stehenden Arbeitnehmern der Hamburger Gaswerke, der Hamburger Wasserwerke und der Altonaer Gas- und Wasserwerke gehören sämtliche im Bureaudienst stehenden Anstellten zum Organisationsbereich des Zentralverbandes der Angestellten; Einlasser, Abseher und Gas-

messer- und Wassermesseraufseher sowie diejenigen technischen Angestellten, für welche der Bezirk nicht zuständig ist, gehören in den Organisationsbereich des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Hamburg, den 22. Februar 1924. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirk Niederelbe, Abt. Beamte und Angestellte (ADB): Beger, Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Hamburg: Dörr.

Wasserbauarbeiter. Im Reichsverkehrsblatt Abteilung B für Wasserstraßen Nr. 5 ist nunmehr ebenfalls eine Verfügung über Änderung der bestehenden Arbeitszeit erschienen. Diese entspricht im wesentlichen der ihr vorausgegangenen des Reichsfinanzministeriums und des Reichsverkehrsministeriums, soweit sie für die Eisenbahner Günstigkeit hat. Nachdem das Reichsarbeitsministerium die Uebernahme des Schlichtungsverfahrens abgelehnt hat, sind für uns zunächst die Verhandlungsmöglichkeiten in dieser Frage erschöpft. Wir würden unseren Kollegen nach Lage der Verhältnisse empfehlen, sich vorerst diesem Diktat zu fügen, zumal wahrscheinlich schon in der übernächsten Woche die Verhandlungen über den Neuabschluss des RLVAB. aufgenommen werden. Da auch der Eisenbahntarif gekündigt ist, müssen wir versuchen, das Schwergewicht des Abwehrkampfes auf die Tarifverhandlungen zu legen, denn auch da wird die Regierung noch mit allen möglichen Verschlechterungsanträgen kommen. Wenn wir im Augenblick davon abraten, einen Kampf aufzunehmen, so nur deswegen, weil gegenwärtig die Aussichten für den Erfolg nicht günstig sind. Wir betonen aber ausdrücklich, daß wir uns auf die Dauer die vom Reichsverkehrsministerium geübte Berodmingscensur nicht gefallen lassen. — Im Gegensatz zu dieser Verfügung, die der Arbeiterschaft nur Verschlechterung bringt, können wir heute das Ergebnis zweier Schiedssprüche des Haupttariffausschusses bekanntgeben, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Wasserbauarbeiter sind. Bei dem ersten handelt es sich darum, daß das Wasserbauamt Gentlin den in Urlaub befindlichen Arbeitern während der Zeit, wo die im Dienst Befindlichen verkürzte Dienstpflicht leisten, nur den verkürzten Lohn zahlen wollte. Der Haupttariffausschuß hat beschlossen:

„Den im Urlaub befindlichen Arbeitern ist während der Urlaubsstage der volle Lohn einschließlich der Kinderzulage und des Frantzuschlages zu gewähren, auch wenn die nicht im Urlaub befindlichen Arbeiter nur in verkürzter Dienstpflicht arbeiten. Es wird dabei vorausgesetzt, daß den im Urlaub befindlichen Arbeitern während des Urlaubs keine Kurzarbeiterunterstützung gewährt wird, die sie erhalten können, wenn sie sich im Dienst befinden.“

Beim anderen Schiedsspruch handelt es sich um die Gewährung von Kindergeld für ein durch Krankheit erwerbsunfähiges Kind. Die Entscheidung des Haupttariffausschusses lautet:

„Dem Vorarbeiter Schäfer bei der Wasserbauverwaltung Eutin, beschäftigt in Schwedt a. d. O., ist für seinen Sohn Martin das Kindergeld zu zahlen.“ — Begründung: „Der Absatz 2 des § 7 des RLVAB. ist der Reichsbestandordnung § 16 entnommen, und zwar wörtlich. Infolgedessen sind auch die im Gesetz aufgestellten Richtlinien zum § 16 der ADB. für den § 4 des RLVAB. maßgebend. In diesem heißt es:

„Das Vorliegen einer dauernden Erwerbsunfähigkeit wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß künftig die teilweise Befreiung oder vollständige Freilassung und damit der Eintritt völliger Erwerbsfähigkeit wahrscheinlich oder möglich ist.“

In Verbindung mit dem ärztlichen Gutachten, daß der Martin Schäfer vor Ablauf eines Jahres nicht erwerbsfähig wird, ergibt sich hieraus, daß im vorliegenden Fall eine dauernde Erwerbsunfähigkeit vorliegt. Den Betrag der dauernden Erwerbsunfähigkeit hat der Arbeitgeber zu bewilligen.“

• Aus unserer Bewegung •

Dresden. In der Generalversammlung am 12. Februar erstattete Kollege Förfster den Geschäftsbericht für das Jahr 1923. In der Diskussion wurde an der Arbeit der Verwaltung keine Kritik geübt. Alle Redner forderten zu festem Zusammenschluß auf. Die Generalversammlung verabschiedete in einer einstimmig angenommenen Entschließung vom Verbandsvorstand weiteres energisches Eintreten für die Beschlässe des Leipziger Gewerkschaftskongresses in bezug auf die Verschmelzung der Gewerkschaften. Zu dem Kassensbericht des Kollegen Heider beschloß die Generalversammlung, den Verbandsvorstand zu ersuchen, die Krankenunterstützung des Verbandes zu befestigen und im ADB. für eine Beteiligung der Kirche und Krankenunterstützung in allen freigewerkschaftlichen Organisationen hinzuwirken. Ebenfalls wurde beschlossen, die aus Mitteln der Filiale bisher gemähten Zuschläge zu den Unternehmern der Hauptkasse sofort in Wegfall zu bringen. Alle diese Beschlässe wurden einstimmig angenommen. Als die Beschlässe wurden erfaßt, um die Kampfkraft des Verbandes zu stärken. Einstimmig wiedergewählt wurden Förster zum Vorsitzenden, Halber zum Kassierer und Wölfler zum Schriftführer. In die engeren Verwaltung wurden gewählt: Bellmann, Beyer, Dreßler, Hein, Hennig, Herbe, Sobal, Jungnickel, Rohse, Raumburger, Frau Bießch, Rauthe und Richter.

Hamburg. Die vollzählig von 1200 Mitgliebertretern besetzte Generalversammlung am 22. Februar 1924 nahm den Geschäftsbericht für das Jahr 1923 entgegen und genehmigte die Jahresab-

rechnung. Zur Neuwahl des Filialvorstandes waren zwei Listen eingetauscht. Der Vorstand beantragte Erweiterung auf 13 Personen durch Einbeziehung der Vertreter von Harburg und Altona. Die Versammlung stimmte zu. Ein Antrag auf Urwahl in den Betrieben wurde abgelehnt. Die von der KPD. eingereichte Liste für Filialvorstand und Revisoren erhielt nur circa 80 Stimmen. Der neue Filialvorstand besteht nunmehr aus den vier freigestellten Ihle, Schulz, Beger, Weikel und den Beisitzern Riesen (Strom- und Hafenbau), S e g e l l e (Beleuchtungsweesen), R ä g m a n n (Schlach- und Viehhof), D e s t e r r e i c h (Staatsfai), B a g e l s (Garten- und Ingenieurweesen), R ö l l e r (Gesundheitsweesen), B a b e l (Friedhof), B u s c h, Harburg, Friedrichs, Altona. An Stelle der ausscheidenden Revisoren wurden gewählt Hans Jabs (Hafenbetriebskontrollweesen) und Fräulein Stricker (Gesundheitsweesen).

Karlsruhe L. B. In überfüllter Versammlung nahmen die städtischen Arbeiter am 5. Februar Stellung zu der geplanten Verschlechterung der Arbeitszeit. Nach eingehendem Referat des Gewerkschafters M a u r e r und reichlicher Aussprache, an der sich besonders die Kollegen Schwerdt, Wöhringer, Bohn und Koch sowie Stadtrat Höhn beteiligten, wurde folgende Entschließung angenommen: „Die auf Freitag, den 5. Februar, in den Festsaal des „Friedrichshofs“ einberufene Protestversammlung der städtischen Arbeiter von Karlsruhe nimmt Kenntnis von dem Stand der Verhandlungen über die Arbeitszeit und Lohnfrage. Die Versammlungen protestieren in der schärfsten Form gegen die geplante Abschaffung des Achtstundentages. Sie vertreten die Ansicht, daß eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Verkürzung der Arbeitszeit nicht vorhanden ist, zumal die Millionen Arbeitslose noch riesig brachgelegte Arbeitskräfte darstellen, auf die jederzeit zurückgegriffen werden kann. An Stelle der geplanten Verschlechterung der geltenden Lohnsätze muß eine wesentliche Herabsetzung derselben verlangt werden. Die Versammlungen begrüßen einmütig die Abwehrmaßnahmen der Organisationsleitung. Sie versichern, mit eiserner Disziplin den Abwehrkampf zu führen, damit er schnell beendet werden kann. Für die alte Kulturordnung: „Achtstundentag und menschenwürdige Bezahlung!“ sind die Karlsruher städtischen Arbeiter gewillt, alles einzusetzen.“

Köln. Die Delegierten unseres Verbandes nahmen am 14. Februar zuerst den Kassensbericht, den Kollege R ü t t e n gab, entgegen. Das 4. Quartal schließt mit einem Bestand von über 2 Milliarden ab. Dann gab Kollege H o f f m a n n den Jahresbericht. Diskussion darüber fand nicht statt. Ein Antrag, den bisherigen Vorstand geschloffen wieder zu wählen, wurde die Gegner. Diese kamen mit einer Gegenliste, betitelt „Liste der Opposition“, heraus. Kollege Hoffmann wies darauf hin, daß im ganzen Jahre eine Opposition nirgends hervorgeraten sei, denn grundsätzliche Auseinandersetzungen seien glücklich vermieden worden. Es bestände daher gar keine Veranlassung, den Nichtnastreit entzünden zu lassen. Hoffmann betonte, daß die Opposition in dieser Weise gegen den alten Vorstand vorgehe, der voll und ganz keine Pflicht getan hätte. Man sollte endlich wieder zu den Grundfragen zurückkehren, nicht nach der Parteilichkeit, sondern nach der gewerkschaftlichen Gesetzmäßigkeit die Besten der Besten zu wählen. Die Abstimmung ergab 109 Stimmen für den alten Vorstand und 34 für die Opposition. Als diese Wahl von der Opposition angezweifelt wurde, ließ Kollege Dengersdorf noch einmal abstimmen, und siehe da, die Mehrheit des alten Vorstandes wurde noch bedeutend größer, so daß die Opposition höchstens 16 Stimmen auf sich vereinigte. Zum Schluß sprach Kollege Hoffmann über die Arbeitszeitkämpfe.

Stuttgart. In der gutbesuchten Generalversammlung am 8. Februar gab Kollege E n g e l h a r d t einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Die Filiale zählt gegenwärtig unter Zugrundelegung von 14 im letzten Quartal geleisteten Wochenbeiträgen 2400 zahlende Mitglieder. Seit 1. Januar wurde die leitender Gau eingeleitete Beamtensektion mit rund 1.000 Mitgliedern der Filiale überwiesen. Nach dem durch Kollegen R o h e r erstatteten Kassensbericht betragen die Einnahmen im 4. Quartal für die Hauptkasse 3 538 107 600 Millionen Mark, die Ausgaben 3 538 096 455 Millionen Mark, die der Filialkasse 2 358 738 400 Millionen Mark und die Ausgaben 1 543 567 781 Millionen. Der derzeitige Kassensbestand beträgt 815,18 Rentenmark. Zur Neuwahl der Ortsverwaltung lagen zwei gedruckte Wahlverträge vor. Zum Vorsitzenden der Filiale wurde Engelhardt mit 427 Stimmen wiedergewählt, kein kommunistischer Gegenkandidat Schneider erhielt 199 Stimmen. Noch wird einstimmig per Akklamation zum Kassierer wieder bestätigt. Als Beisitzer stiegen aus der Wahl folgende Kollegen hervor: Christian Lang, Hugo Schmitt, Friedrich Bach, Albert Teufel, Eugen Hof, Javer Gmeinder, Gottlieb Schurr, Wilhelm Anfer und Adam Borch. Borch (KPD.) erklärte, daß er nach diesem Ergebnis eine Wahl nicht annehme, so daß Kollege Off an seine Stelle trat. Gauleiter Altavater berichtete dann über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über die Frage der Arbeitszeitverlängerung. In der Diskussion kam einmütig zum Ausdruck, daß die Kollegen der Filiale Stuttgart nicht bevorzugen würden, die äusersten Mittel anzuwenden, um die geplanten Verschlechterungen der Arbeitsrechte abzuwehren.

Wismar. Die Mitgliebertreterversammlung am 14. Februar 1924 gestattete sich zu einer imposanten Protestversammlung gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung und die damit verbundene Lohn-

fürzung. Gauller Bohrt berichtete über die Arbeitszeitverordnung und über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände. Nach reichlicher, erregter Aussprache gelangte folgende Entschiedenheit zur Annahme: „Die am 14. Februar 1924 im Arbeiterheim zu Bismarck vollzählige versammelten städtischen Arbeiter nehmen den Bericht des Kollegen Bohrt-Wübbel über die vom Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände geplante Arbeitszeitveränderung mit Entrüstung entgegen. Die versammelten städtischen Arbeiter lehnen im Interesse eines kulturellen Aufstiegs der Arbeiterklasse eine Verlängerung der Arbeitszeit ganz entschieden ab. Die vom Verbandsvorstand und Verbandsbeirat ausgehenden Richtlinien zur erfolglosen Abwehr einer Verlängerung der Arbeitszeit werden von der Versammlung gebilligt und werden von jedem Mitgliede innegehalten werden. Die städtischen Arbeiter Bismarcks erwarten vom Verbandsvorstand, daß der Kampf gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung mit aller Schärfe und wenn es sein muß, selbst mit dem Streik geführt wird. Die städtischen Arbeiter Bismarcks sind bereit, wenn der Hauptvorstand sie auf die Schanzen ruft, die Opfer des Kampfes auf sich zu nehmen und geloben dem Gemeindefreierverband unverbrüchliche Treue.“

• Internationale Rundschau •

Schweiz. (Sieg des Achtstundentages.) Die Volksabstimmung am 17. Februar ergab eine Mehrheit von 120 000 Stimmen gegen eine gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit. Das bedeutet, daß sich das Schweizer Volk für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages entschieden hat. Diese Entscheidung kommt den deutschen Arbeitern im Kampfe um den Achtstundentag moralisch zugute.

• Rundschau •

Arbeitskämpfe und Not in Deutschland. In einem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam heißt es u. a.: Nach den letzten veröffentlichten Zahlen ist von der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit etwa ein Viertel der Bevölkerung betroffen. Etwa 8 Millionen Bollerwerbstote und etwa 5 Millionen Kurzarbeiter! Rechnet man die Familienangehörigen dazu, so kommt man auf 24 Millionen Menschen, die in Not leben. Ein lediger Bollerwerbstoter erhält an öffentlicher Unterstützung an den teuersten Orten für eine ganze Woche 4,68 Mk., also etwas mehr als einen einzigen Dollar! Davon kann er sich bei weitem nicht ausreichende Nahrung kaufen. An Kleidung ist nicht zu denken. Besonders groß ist die Not bei den Streikenden und Ausgesperrten. Der Kampf um den Achtstundentag ist im Gange. Die Arbeitgeber fordern den Zehn-, ja sogar den Zwölfstundentag. Streikende und Ausgesperrte erhalten keine Erwerbslosenunterstützung. He denmütig kämpfen und hungern die deutschen Arbeiter für ihre Rechte. Ob sie den Kampf gewinnen, hängt davon ab, ob ihnen Hilfe wird. Bei der internationalen Bedeutung des Kampfes für die Arbeitszeit aller Länder ist zu hoffen, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt sich mit den deutschen Arbeitern solidarisch erklärt und ihnen Hilfe bringt. Die deutschen Arbeiter und Angestellten, die noch in vollem Verdienst stehen, opfern einen Teil ihres Einkommens, um die kämpfenden Brüder zu stärken. Träger der Hilfsaktion in Deutschland und im Ausland ist der „Ausschuß für Arbeiterwohlstand“. Er hat eine rege Sammel-tätigkeit in Deutschland organisiert und hilft allen Notleidenden, soweit seine Mittel reichen. Wir bitten alle Organisationen, sich der Sache anzunehmen. Die kleinste Gabe ist willkommen. Der Weg, den deutschen Arbeitern zu helfen, ist folgender: Entweder man lasse größere Summen durch eine Bank überweisen oder nehme eine Postanweisung oder man sende Paketen in gut verschlossenem eingeschriebenem Brief an folgende Adressen: a) für das unbesetzte Gebiet: Frau Reichstagsabgeordnete M. Juchacz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, Bankkonto: Fr. Bartels, R. Juchacz bei der Distrikto-Gesellschaft, Depositionskasse Berlin SW. 68, Lindenstr. 3; b) für das besetzte Gebiet an Rhein und Ruhr: Herrn Bundesrat H. Winqender, Düsseldorf, Landeshaus, Bankkonto: Landesrat Düsseldorf Nr. 1359. Falls Organisationen die Aufnahme deutscher Kinder in Familien organisieren wollen, bitten wir, sich mit den vorgenannten Personen in Verbindung zu setzen.

Ein Unternehmer gegen den Lohnabbau. In diesen Tagen muß man die Tatsache feststellen, daß es sogar in Deutschland einen Unternehmer gibt, der gleich dem amerikanischen Automobilkönig Henry Ford Gegner von niedrigen Löhnen ist. Die „Kölnische Zeitung“ (Deutsche Volkspartei) brachte kürzlich von diesem Unternehmer (anonym) einen Artikel: „Die Grenze des Lohnabbaus“, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Es regnet Schlagwörter, wie Unrentabilität der Betriebe, Konsumunfähigkeit auf dem Weltmarkt usw. Man glaubt mit gedrücktesten Löhnen und längerer Arbeitszeit aus allem Elend herauszukommen. Einmal wird vergesen, und zwar, wie schlecht es bei den jetzigen Löhnen,

die teilweise schon eine erschreckend niedrige Höhe erreicht haben, mit der Konsumfähigkeit der Masse aus? Wer soll denn die Waren, die in Deutschland hergestellt werden, kaufen, wenn nicht die Massen der arbeitenden Bevölkerung? Theoretisch mag es richtig sein, daß ein Volk, das sein ganzes Vermögen verloren hat, ebenso wie ein einzelner, dem dies Geschick widerfahren wäre, nur erzeugen und nicht verkaufen darf. Theoretisch mag es stimmen, daß ein solches Volk sich halb satt essen darf, ohne Gut und ohne Rod und auf Holzschuhen gehen muß, gerade wie der einzelne Mensch, der sein Vermögen verloren hat, an allen Ecken und Enden sparen muß, um wieder zu etwas zu kommen. Praktisch läßt sich aber etwas derartiges nicht durchführen. Abgesehen davon, daß man es bei der Masse der Bevölkerung nicht zumuten kann, auf Jahrzehnte ein solch eingeengtes Dasein zu führen, wäre es auch aus wirtschaftlichen Gründen falsch, eine derartige Sparmaßregel predigen zu wollen. Man wird erwidern, Hauptzweck sei zunächst einmal, billig zu erzeugen, um vor allem die Ausfuhr wieder in Gang zu bringen. Es ist darauf zu erwidern, daß es vollkommen unmöglich ist, auch nur die Hälfte der in Deutschland hergestellten Waren auszuführen, selbst wenn überhaupt keine Arbeitslöhne für diese Waren gezahlt zu werden bräuchten. Es werden in Deutschland soviel Waren hergestellt, für die nach dem Auslande infolge der Zollschranken eine Ausfuhrmöglichkeit selbst bei gedrücktesten Löhnen nicht vorhanden ist. Es bleibt sehr vielen Industrien aus den verschiedensten Gründen gar kein anderes Hauptabgabebiet als das Inland übrig, und diese Industrien, die bei dem Abgang ihrer Produkte an das Inland angewiesen sind, haben das größte Interesse daran, daß die Massen der Bevölkerung konsumfähig erhalten bleiben. Derartige Erwägungen mögen bei der Schwerindustrie und beim Bergbau nicht so häufig angefaßt werden wie bei denjenigen Industrien, die täglich vor Augen sehen, daß sie nur bei einer noch einigermaßen kaufkräftigen Bevölkerung überhaupt weiterbestehen können. Deshalb muß der Ruf ergehen, den Lohnabbau in vernünftigen und erträulichen Grenzen zu halten, nicht nur wegen der davon betroffenen Arbeitnehmer, sondern auch, und zwar ebensosehr wegen des Weiterbestehens des größten Teils sämtlicher Betriebe. Sorgen wir dafür, daß unsere Betriebe rationell geführt werden, sorgen wir dafür, daß einengende Bestimmungen in Gesetzen und Tarifverträgen, welche die rationelle Produktion hindern, verschwinden, und sorgen wir vor allem dafür, daß erstklassige Qualitätsarbeit geliefert wird bei angemessenen und auskömmlichen Löhnen. Eöhnen, die auch geeignet sind, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer zu heben, ohne welche kein Betrieb auf die Dauer vorwärtskommt.“

Das sind dieselben Argumente, die die Gewerkschaften dem Unternehmertum schon seit Jahrzehnten vorhalten, um es zur Zahlung anständiger Löhne zu veranlassen; leider vergebens. Wird es nun helfen, nachdem ihm ein Kollege aus den eigenen Reihen daselbe sagt?

Der Jungbauer.

„Unser Ziel muß es sein, den Leuten, die in den Dörfern die Internationale anstimmen, die Tode vorzubauen.“
Jungbauer Reuter auf der Landtagsversammlung in Berlin.

Endlich haben wir den Menschen ohne Neutraditionals, den ins Embryonale vereinsachten Janusbauer, Er ähnelt total einer Kreuzung Delfin-Phoebus und heißt: der Jungbauer.

Sein Ziel: Ohne Anstrengung der Gehirnganglienzellen Andersdenkenden die Tode vorzubauen und — gespart durch väterlich-sozialistische Manuskripten — Deutschland wieder aufzubauen.

Beim Klang der Internationale wird ihm zu Mut wie dem Stier beim Anblick blutroter Tücher. Von Marxismus weiß er, daß ein Witzig ein Jub. (Er ließ prinzipiell keine Tücher.)

Doch da er gehört, daß seinem gehämerten Geh die Noten nachschallen, betrachtet stübem er als Anführer dieser Serie und größten Schaff der Welt, den Steuerentnehmer.

Kriegsunterernährung läßt ihm — Gottlob — gänzlich fremd. Heißhungrig frißt er tagtäglich zwei vaterländischer Erdäpfelung. Rechts in Höhe und Form schließt er bei die Menschheit . . . Mich, von Lindenbäumen.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Die Grundlinien der Weltgeschichte von G. G. Weiss. Verlag des Sozialwissenschaftl. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Preis pro Heft 1,50 Mk. In 14 Heften soll der Verfasser die Weltgeschichte von den Urzeiten bis zum heutigen Tage. Das Werk ist bereits in dritter Auflage erschienen und hat, namentlich in Amerika, große Verbreitung (700 000) gefunden. Heft 1 (nur dieses ist uns zugegangen) enthält folgende Abschnitte: Die Erde in Raum und Zeit, Die Gesteinskunde, Die natürliche Geschichte und die Veränderung der Arten, Leben und Klima, Das Zeitalter der Reptile, Das Zeitalter der Säugetiere, Der Submenschen, Die Neanderthalmenschen, Die späteren postglazialen paläolithischen Menschen, Die ersten wahren Menschen, Zahlreiche Bilder ergänzen den Text.